

Bezugspreis:

Wochenschrift 9.-Mtl. monatl. 3.- Btl. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Gut“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 30. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Militärrevolte in England.

Die englische Regierung machtlos.

Amsterdam, 30. Juni. Die englischen Blätter vom 27. Juni melden weitere Ausschreitungen fanatischer Truppen in ihren Lagern in England.

Ausschreitungen in Irland.

Gefürte Siegesparade.

Amsterdam, 30. Juni. Aus London wird gemeldet: In Dublin (Irland) fand aus Anlaß der Unterzeichnung eine Truppenparade statt.

Rückkehr der Friedensdelegation.

Berlin, 30. Juni. Die deutsche Friedensdelegation die am Sonnabend abend 9 Uhr Verlassen des Sonderzug verlassen hatte, ist heute nacht gegen 4 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen.

China unterzeichnet nicht.

Gegen Japans Ansprüche auf Schantung.

Paris, 29. Juni. (Kaiser.) Die Weigerung der chinesischen Delegation, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ist dem Kaiserlichen Bureau amtlich mitgeteilt worden.

Wilson nach Amerika abgereist.

Brest, 29. Juni. (Kaiser.) Wilson ist nach New York abgefahren.

Sozialistenverfolgungen im Elsaß.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“).

St. Louis, 29. Juni. In sozialistischen und gewerkschaftlichen Kreisen beklagt man sich, daß allerorten in ganz Elsaß-Lothringen bereits eine systematische, organisierte Sozialistenverfolgung eingeleitet hat.

Studium der gegenwärtigen Streiklage daselbst. Ständig wurde Dunois auf allen seinen Gängen durch die Stadt und nach den verschiedenen Streik- und Gewerkschaftsbüros von zwei Geheimpolizisten auf Schritt und Tritt verfolgt.

Nicht weniger als viermal wurde in letzter Woche der „Populaire de Paris“ in Colmar von der französischen Gendarmerie beschlagnahmt und der Verkäufer desselben bei der vierten Konfiskation verhaftet.

Das seit einigen Wochen in Colmar erscheinende sozialistische Blatt „Volkstimme“ mußte auf Anordnung der Militärbehörde auf unbestimmte Zeit sein Erscheinen einstellen.

In ganzem Unterelsaß sind auf Verfügung der Militärbehörden alle Arbeiterversammlungen verboten worden, die sich mit Lohnfragen und Verfürgung der Arbeitszeit beschäftigen wollten.

Infolge dieses Vorgehens der französischen Behörden gegen die Arbeiterschaft herrscht unter dieser eine ganz gewaltige Erbitterung, die sich bereits an einzelnen Orten durch spontane Streiks Luft gemacht hat.

Mehrheit und Diktatur.

Das unabhängige Gedankengut.

Auf der Generalversammlung der unabhängigen Wahlvereine von Groß-Berlin hielt Crispian das Hauptreferat. Nach dem Bericht der „Freiheit“ behauptete er u. a., die Sozialdemokratie hätte im August 1914 den Ausbruch des Krieges verhindern können.

Wir müssen der Regierung noch eine gewisse Galgenfrist gönnen, in der sie zu beweisen hat, was sie schaffen kann und will. Dann ist es Zeit einzusetzen mit Maßnahmen, die sich aus der Situation ergeben.

So viel Sätze, so viel Widersprüche. Man bereitet sich auf eine Situation vor, die zum „Handeln“ zwingt, will aber erst die Mehrheit haben. Da wir ja aber die völlige Demokratie besitzen, würde ein besonderes Handeln in diesem Moment gar nicht nötig sein.

Die Republikanisierung der Wehrmacht.

Von Erich Kuttner.

Woher rührt die Erbitterung, woher rührt der immer wieder auflodernde Haß gegen die jetzige Wehrmacht? Unmöglich können es nur die gewiß nicht zu leugnenden Ausschreitungen und Disziplinlosigkeiten sein, die sich bei der Niederwerfung irgend welcher Kustände ereignet haben.

Natürlich ist es, daß diejenigen Kreise Haß gegen die Wehrmacht empfinden, deren Pläne und Absichten durch ihr energieloses Eingreifen nun schon so oft gestört worden sind. Aber ganz spezifisch beschränkt sich die Abneigung nicht auf die Kreise der Intelligenz von links.

Das Treiben eines Teils der Offiziere bei früheren Gelegenheiten und namentlich jetzt bei Unterzeichnung des Friedensschlusses hat solchen Vermutungen wieder reichlich Nahrung gegeben. Allerdings ist gegen die Haupter der Fronde schon energisch eingeschritten worden.

Aber dieser Weg könnte unter Umständen auch den Zusammenbruch der Wehrmacht bedeuten, wir halten ihn auch nicht für den einzig möglichen. Die Annahme, daß die Reichswehr als solche monarchistisch verfaßt sei, trifft nach unserer Kenntnis der Dinge durchaus nicht zu.

Aber dagegen gibt es ein einfaches Mittel: daß sich die ändern auch zusammenhängen. Das soll jetzt geschehen. Ein „Republikanischer Führerbund“ ist in der Entstehung begriffen.

1. Der R. F. B. erstrebt die Erfüllung der deutschen Wehrmacht mit republikanischem und demokratischem Geiste durch Sammlung aller Führer und Unterführer, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen.

2. Der R. F. B. will die Republik gegen jeden gewalttätigen Anmarsch schützen, er möge von rechts oder links kommen. Indem er sich zu den Grundrissen der Demokratie bekennt, erkennt der R. F. B. nur die von einer freigewähl-

ien Volksvertretung eingesehene Regierung als rechtmäßig an.

3. Der R. F. B. erkennt die Disziplin als notwendige Grundlage jeder Wehrmacht an. Er will deshalb die Disziplin und das Vertrauensverhältnis zwischen Führern und Mannschaften fördern, aber er bekämpft gegen die Menschenwürde verstößende Auswüchse.

4. Auf der anderen Seite müssen aber die Führer und Unterführer, die diese Disziplin handhaben, gegen jeden Mißbrauch volle Gewähr bieten. Auf die Dauer kann die Republik nur geschäftlich sein, wenn die Kommandogewalt in den Händen ehrlich republikanischer Führer liegt. Die vielfach erfolgte Einstellung innerlich monarchischer Offiziere ist nur als Notbehelf zu betrachten und muß sobald als möglich beseitigt werden. Deshalb verlangt der R. F. B., daß in die Wehrmacht der Republik in erster Linie republikanische Führer und Unterführer eingestellt werden.

5. Dem deutschen Volke will der R. F. B. durch sein Bestehen und Wirken Gewähr dafür verschaffen, daß die Wehrmacht sich zu einer zuverlässigen Stütze der Republik entwickelt und jeden Mißbrauch aus sich selbst heraus ablehnt. Dadurch will der R. F. B. gleichzeitig ein gutes Verhältnis zwischen Volk und Wehrmacht anbahnen helfen.

Das militärisch geschaffene feste Gefüge der neuen Armee will der „Republikanische Führerbund“ also nicht antasten. Solche Zustände, wie sie etwa jüngst von der Hamburger „Volkswehr“ geschildert wurden, wo beim Alarm in einigen Depots noch nicht einmal eine Wachbereitschaft anwesend war, lehnt er auf das allerentschiedenste ab. Auch ein republikanisches Heer muß Disziplin besitzen, ohne das verlobt jede Truppe in der kürzesten Zeit.

Aber sind denn Disziplin und republikanischer Geist zwei Dinge, die einander ausschließen? Wir haben doch Republiken genug mit durchaus gut funktionierenden republikanischen Armeen. In Frankreich ist die Disziplin mindestens so scharf wie bei uns unter dem alten System und doch befürchtet niemand in Frankreich, daß die Armee eines Tages einen Orleans oder Napoleoniden zurückholt. Doch braucht dieses Heer nicht unser Ideal zu sein. Nehmen wir das Schweizer Heer als Vorbild, das bei freiestem republikanischen Geist beste Manneszucht bewahrt.

Ein solches Heer muß auch in Deutschland möglich sein. Wenn die Republik sich erst bei uns eingelebt hat, wird auch die Armee ohne jede Nachhilfe republikanisch sein. Für die jetzige Übergangszeit bedarf es einer Stütze der republikanischen Elemente, die durch die neue Organisation geboten werden soll. Ist diese erst groß und stark, dann wird kein Mensch mehr an die Möglichkeit eines reaktionären Putsches glauben, das Vertrauen zwischen Volk und Wehrmacht wird wieder hergestellt sein.

### Die Hamburger Volkswehr beurlaubt.

#### Eine Vorsichtsmaßregel Lettow-Vorbeds.

Hamburg, 30. Juni. Im Auftrage des Militärkommandanten und des Generalmajors von Lettow-Vorbed gibt der Kommandant von Groß-Hamburg bekannt: Um Mißverständnisse beim Einrücken der Reichswehr zu verhindern, wird die Volkswehr Groß-Hamburgs für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow-Vorbed beurlaubt. Die Mannschaften beziehen ihre Gehaltszahlungen bis 31. Juli 1919 weiter.

### Explosionsunglück in Essen.

Essen, 30. Juni. (Z. N.) Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Eisenbahnwerkschicht zu Essen-Nord. Einige Arbeiter hantierten unvorsichtigerweise mit einer 15-Zentimeter-Granate und schlugen mit einem Hammer auf das Gefäß, das plötzlich explodierte. Vier Arbeiter wurden sofort getötet. Einer erlitt schwere Verletzungen und wurde ihm ein Arm vom Rumpfe gerissen.

### Das Ei.

Von Theodor Thomas.

Heifers Toni aus dem hiesigen Orte Gunkelbach reiste in Urlaub. Neben einem Duzend Schachteln und Schälchen trug sie einen kleinen Korb am Arm. In diesem gaderete ein lebendiges Huhn, das sie ihrem Schwager nach Koburg-Gotha mitnehmen wollte.

Dieses Federvieh ist schuld an einer sehr bedenklichen Geschichte. Rämlich: Auf der kleinen Station Kammelbors mußte die Toni umsteigen. Das ganzgezogene Dunkel durfte auf dem Bahnsteig herumspazieren, es stolzierte wie ein artiges Kind immer hinter Toni drein. Raum daß es einmal mit seinen Hühneraugen schräg um sich schaute. Auf einmal begegnete ihm etwas, das jedem Vogel passieren kann. Es duckte sich zusammen, machte taktaktaktat taktaktaktat... und auf dem Bahnsteig lag ein schönes weißes Ei. Blühhaut wie aus dem Laden.

Das Huhn war anscheinend selber höchst erkaut über das Wunder. Es redete seinen gefiedereten Hals hoch und über, drehte den Kopf nach allen Seiten, als wollte es sagen: „Seht, was bin ich für ein Huhn, wie ich da.“ Dann legte es ein Bein gravitätisch vor das andere.

Da kam der Stationsbeamte quer über die Schienen. Der Anblick des Eies überwältigte ihn. Er lappete es schnell, schlupp ließ er es in seinem Rock verschwinden.

Aber auch die Heifer Toni hatte das ihr sattfam bekannte tafeläh vernommen; sie wandte sich um und sah gerade noch, wie der Mann mit der roten Mütze etwas Weißes in die Tasche werfen sollte. Mit einem bösen Blick fuhr sie ihn an:

„Dies ist mein Ei, das geben Sie mal gefälligst wieder raus.“

„So sieht's aus,“ brummte der Beamte. „Alles was hier herrenlos auf dem Bahnsteig liegt, verfällt nach § 955 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Fiskus. Dieses Ei ist erweislich herrenlos. Erstens sind Sie kein Herr, zweitens ist es geschlich, daß Eier, die auf einem fremden Grundstück gelegt werden, dem Besitzer des Bodens gehören, nicht dem Hühnerhalter. Das Ei ist also mein. Erziehen Sie Ihre Hühner besser; wenn ein Dreck herausgelassen wäre, hätten Sie den auch haben wollen!“

„Das werd' ich Ihnen zeigen,“ worte Toni. „Sie... Sie...“

Inzwischen war der Bahnsteig lebendig geworden. Aus den Wartehäusern, von den Bänken strömten Menschen herbei, um sich die Sache aus der Nähe zu betrachten.

Das Huhn duckte sich scheu zu Füßen der Heifers Toni und rollte ängstlich mit den Augen; unruhig ließ es das bläuliche Lid immer nur für einen Augenblick auf die kirchroten Augen herab.

Ein Herr mit einem Schmiss quer über die Waden meinte: „A... Ei einfach gefunden, kostet keine drei Mark, braucht nicht... jemeidet zu werden.“

„Rei! Ei raus, du Spitzhüb!“ brüllte nun Toni wütend. „Das wird dir ein teures Pressen.“

### Um das Andenken eines Toten. Verleumdungsfeldzug gegen Eisner.

Von Rechtsanwalt Dr. Vernheim, dem Rechtsbeistand der Witwe Kurt Eisners, erhalten hier folgende Zuschrift:

Die häßlichen Gerüchte, welche das Andenken Kurt Eisners in den Staub ziehen, wachsen geradezu ins Ungemessene. Selbst „Intellektuelle“ beteiligen sich daran.

So haben in jüngster Zeit Rechtsanwälte auf den Gerichtsgängen herumgezählt:

1. Eisner habe offen zugegeben, die erste Million habe er schon, jetzt komme die zweite.

2. Frau Eisner, man wisse das ganz bestimmt, habe jüngst in der Dachauer Straße hier ein Anwesen um 200 000 Mark gekauft. Wo solle denn das herkommen?!

Als ein Kollege den Betroffenen erklärte, er werde diese Behauptungen behutsam gerichtlich verfolgen und Marcellierung mit hinterbringen, drohten jene Herren mit der Inszenierung einer großen Jude-nacht!

Skandalblätter verbreiten Behauptungen wie die, Eisner habe von der Entente Gelder bekommen; seine rechtmäßige Frau lebe in Nürnberg, mit der anderen habe er im Konfubinal gelebt.

Ferner wurde verbreitet, Frau Elise Eisner habe auf Schloß Hohenschwangau Sommeraufenthalt zu nehmen beabsichtigt und dergleichen mehr. Demgegenüber erkläre ich auf Grund eingehendster Kenntnis der Verhältnisse:

1. Kurt Eisner habe ohne Hinterlassung von Vermögen; alles, was in dieser Beziehung behauptet wird, ist böswillige Erfindung. Der Ministerpräsident Hoffmann, der doch weiß, wie unter dem Vorhild Kurt Eisners gewirtschaftet wurde, bezeichnet in einem an mich gerichteten Briefe vom 14. ds., mit der ausdrücklichen Ermächtigung, hiervon jeden Gebrauch zu machen, jene Behauptungen als Schwindel und Verleumdung. Eisner, sagt Hoffmann, habe viele Talente besessen, aber keines, sich zu bereichern und gar noch, auf unrechtmäßigem Wege sich zu bereichern.

2. Frau Eisner hat niemals ein Anwesen in München erworben.

Wahr ist, daß sie am 20. August 1909 ein bescheidenes Einfamilienhaus in Großhadern um 20 500 M. erworben hat. Die Anschaffung wurde geleistet aus Mitteln ihres Vaters, der auch den Kaufpreisrest in Jahreszielen bezahlte und hiergegen eine an zweiter Rangstelle nach der Bank eingetragene Hypothek hat.

3. Der Rücklaß ist überschuldet und wäre an sich konkursreif.

4. Laut mir vorliegender Heiratsurkunde hat Kurt Eisner, dessen erste Ehe rechtskräftig geschieden ist, am 31. Mai 1917 die Schriftstellerin Elise Belli geheiratet. Elise Belli war also seine rechtmäßige Frau.

5. Auch die Behauptung, Frau Eisner habe auf Schloß Hohenschwangau Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt, ist eitel Lug und Trug.

Wie Kurt Eisner selbst, so hat auch seine Witwe bisher all jenen infamen Anwürfen gegenüber mit verächtlichem Schweigen geantwortet.

Nachdem es aber den Anschein hat, als würde dieses Schweigen mißdeutet, erkläre ich hiermit, daß ich Auftrag habe, von nun an Urheber und Verbreiter der bezeichneten oder ähnlicher Gerüchte unmissverständlich gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

München, 25. Juni 1919.

Dr. Vernheim, Rechtsanwalt.

Die Notwendigkeit, für einen Toten derartige Gemeinheiten zurückzuweisen, mußten kennzeichnen die Niederträchtigkeit der bürgerlichen Presse, die ihren politischen Kampf mit solchen Argumenten führt.

### Ein sozialdemokratisches Lehroragan.

Die Zeitschrift will das geistige Bindeglied sein zwischen den weit verstreuten Lehrern der verschiedensten Schulgattungen. Die

„Der freie Lehrer“, Organ der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Redaktion und Verlag Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis 3,50 M. für ein Quartal bei direkter Zusendung unter Kreuzband 4,15 M. Eine Probeummehr gratis.

„Eier sind jezt frei!“ rief ein Mann im Feldrauen Anzug. Ein anderer sagte hinzu: „Kochen Sie's und teilen Sie es durch zwei, das ist das einfachste, denn es gehört wohl jedem zur Hälfte.“

Toni hörte aber nicht, sie drang wütend auf den Bahnhofsvorsteher ein und schrie: „Mei Ei her, ich verlag dich und wenn ich bis nach Berlin muh.“

Inzwischen fuhr der Zug ein, es war der gleiche, mit dem Toni weiter mußte. Der Mann mit dem Ei klammerte sich nicht weiter um sie, sondern schritt auf den Zugführer zu.

Toni nahm jetzt das Huhn auf den Arm, als befürchte sie, es könne noch ein Ei verlieren. Dann rannte die Hinkelmutter erregt dem Beamten nach. Niemand stieg ein, jeder wollte wissen, wie die Geschichte ausging.

„Das Ei her!“ Es klang wie die Pofanne des jüngsten Gerichts.

„Hält mir nicht ein, verklagen Sie mich, das Ei bleibt beschlagnahmt, Schluss damit.“

„Liebe Frau“, sagte ein alter Mann, warum so viel Lärm um ein Ei? Zeigen Sie den Mann wegen Unterschlagung an, das ist ganz einfach.“

„So einfach ist das nicht,“ meinte der Herr mit dem Schmiss, dieser Bahnhof gehört ins Amtsgericht Erfurt, die Frau wohnt jedenfalls weit weg.“

„Im Hefischen wohn' ich, aber ich will mein Ei.“

„Sehen Sie, da haben Sie den Salat ohne Ei. Wo wollen Sie kochen? In Hefen in Thüringen oder wo? Das sind Dinge, die erst in der neuen Verfassung durch die Rationalverfassung verankert werden müssen. Und fehlt der Einheitsstaat. Die Sache gehört nach Weimar.“

„Regierungstruppen her!“ uzte ein Mann mit einem breiten Hut.

„Ree, mei Ei her!“ schrie die Toni, wobei ihr Hütel vor Erregung tanzte.

„Einsteigen!“ rief nun der Fiedlieb.

Aber noch wollte niemand weichen, am wenigsten die Frau mit dem Huhn, die nun selbst wie ein Vaterhuhn vor dem Aufsichtsführenden stand und vor Hut heulte.

Es entstand ein allgemeines Schweigen — da — geschah etwas: Toni verlegte dem Mann in der roten Mütze mit dem Auf: „So hu Affe!“ einen Tritt, der Granit zerplittert hätte. Er trat den verdächtigten Vorsteher justament an die Stelle, wo er den Hund verborgen hatte. Er taumelte, sagte aber schnell, halb vor Schmerz und halb vor Angst um das kritische Produkt in die Tasche. Aber o weh, seine Finger kamen gelb und schmierig wieder zurück. Das Ei hatte das Zeilische geegnet.

„Dies war eine praktische Erlebung des schwierigen Problems,“ ließ sich der Mann mit dem Querschläger vernehmen, „das zweite Ei des Kolumbus; vollständig auf alle Fälle.“

Die Umstehenden lachten und johlten. Das Huhn aber und seine Herrin waren bereits in einen Wagen vierter Klasse verschwunden. Der Vorsteher drehte verlegen seine Taschen um und

eine Erneuerung unserer deutschen Schule im Sinne der Sozialdemokratie erstreben, und sie für die besonderen politischen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Sozialdemokratischen Schulen.

Die erste Nummer der neuen Zeitschrift bringt ein Geleitewort: „Was wir wollen!“ aus der Feder des langjährigen Leiters der Bildungsbeziehung innerhalb der Sozialdemokratie, des ehemaligen Volksschullehrers Heinrich Schulz, außerdem eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Arbeit des Lehrers innerhalb der Jugend- und Bildungsbeziehung beschäftigen und mit den Bestrebungen zum Zusammenschluß der Lehrer aller sozialistischen Richtungen kritisch auseinandersetzen.

Eine große Fülle von Materialien und kurzen Notizen aus der Lehrerbewegung vervollständigen die Nummer; aus einigen feuilletonistischen Skizzen fallen Streiflichter auf die Nöte der Schulen und unseres Volkes.

Unsere freibeitlich gestimmte Lehrerschaft wird die Entwicklung dieser neuesten Lehrzeitung mit Interesse verfolgen.

Der Landarbeiterstreik im Fürstentum Waldeck ist nunmehr durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß in Waldeck beigelegt worden. Der Streik begann am 17. Juni.

### Industrie und Handel.

#### Börse.

Au der Börse machte die Aufwärtsbewegung weitere Fortschritte. Das Geschäft gestaltete sich auf allen Gebieten ziemlich lebhaft, da sowohl von der Provinz, als auch vom Ausland Kaufaufträge vorlagen. Am Montanmarkt waren Kohlen und Schölnitz, von Harzwerten höchster Norden und Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, von Elektropapieren A. G. und von Rüstungsmerten Dirich-Rupfer, und Messingwerke besonders bevorzugt. Aber auch Schiffahrtsaktien, Kalk- und Kollonialwerte stellten sich höher. Am Rentenmarkt bildeten Kurserhöhungen gleichfalls die Regel. Für Kriegsanleihe wurde ein Kurs von 78 1/2 Proz. genannt.

#### Die Hansestädte und der freie Handel.

Man schreibt uns: In Hamburger Kaufmannskreisen verlangt man den sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft und die Wiederaufnahme des freien Handels als einziges Mittel, den schwer darunter liegenden Hansestädten wieder aufzuhelfen. Man weist daraufhin, daß auch nach den napoleonischen Kriegen Hamburg sich nur deshalb so schnell von seinem Tiefstande erholen konnte, weil sofort der Freihandel einsetzte.

Das Aufblühen des Hamburger Handels nach den napoleonischen Kriegen hatte aber andere Gründe, als den Freihandel, es ist vielmehr fast ausschließlich dem Zusammenreffen verschiedener günstiger Momente zuzuschreiben. Die Vereinigten Staaten begannen in direkten Handelsverkehr mit Hamburg zu treten (im Mai 1815 kam das erste Schiff aus den Vereinigten Staaten im Hamburger Hafen an), während sie bisher ihre Geschäfte über England leiteten. Die südamerikanischen Staaten befreiten sich von der englischen Vormundschaft und waren gleichfalls in der Lage, einen direkten Handelsverkehr mit Hamburg zu pflegen, und endlich begann Hamburg gerade um diese Zeit, seine mittelalterlichen Usanen aufzugeben, besonders die Verrechnung der einzelnen Waren nach verschiedenen Münzeinheiten, die den Handel bisher ungemein erschwert hatte. Alle diese Umstände hatten den größten Einfluß auf den Hamburger Handel; nicht die Einführung des Freihandels, sondern hauptsächlich die Umgestaltung der Handelswege hat das Aufblühen des Hamburger Handels nach der Kontinentalperre und den napoleonischen Kriegen bewirkt.

#### Die Verstaatlichung der englischen Kohlengruben.

Gegen das Gutachten der englischen Kohlenkommission, die sich bekanntlich gegen die Verstaatlichung der Kohlengruben wandte, erhebt sich jetzt sogar in englischen Unternehmungskreisen lautharter Widerspruch. So wird laut „Daily News“ verdrängte Bergwerksbesitzer bereits in London zusammengetreten, um sofort eine Protestkundgebung gegen das Gutachten zu veranstalten.

#### Das Leben erwacht in den Ruinen.

Aus Belgien erzählt der Pariser Korrespondent des „Vernunft-Bund“: Einige zwanzig Kilometer östlich von Dünkirchen beginnt Belgien, beginnt das westländische Schachfeld. Wir haben es von Furnes bis Poperinghe besucht. Was, möchte man auch nach den allzu bekannten Bildern der Zerstörung sagen? Das einzige, was dieses Kampfgebiet von den anderen unterscheidet, ist, daß auch heute, trotz der Dürre, die Spuren der Herrschaftsmemorie noch nicht verwunden sind. Heute interessiert uns nicht die Zerstörung, sondern etwas viel Erhellendes: der Wiederaufbau. Und hier kann man den Belgieren die Bewunderung nicht verlagern. In den Ruinen erwacht das Leben. In Gosselies, zwischen mit Brettern bedeckten Ruinen haben sich die modernen Villen eingemietet. Sie räumen auf, sie bauen, sie machen den gemordeten Boden teilweise wieder urbar. In einigen Orten leben die Leute wie Einsiedler in schattiger Wildnis, an anderen, besonders in der Gegend von Furnes und Poperinghe, sind schon mächtige Kolonien vorhanden. Eine Feldbahn schleppt unermüdlich Baumaterial heran, an dem es hier im Gegensatz zu den weiter südlich gelegenen französischen Gebieten nicht zu fehlen scheint. In dieser Beziehung fällt der Vergleich zwischen den zerstörten Gebieten Frankreichs und Belgiens ganz zugunsten des Kleinstates aus. Das mag verschiedene Gründe haben; eine wichtige Rolle spielt indes sicher der bekannte Arbeitsmut der Bevölkerung und der gesunde Organisationsgeist der Behörden.

#### Notizen.

Die blauen Pferde, das Soudwerk von Franz Marc, dem im Kriege gefallenen Maler, sind jetzt in dem Besitz eines Zürcher Sammlers übergegangen.

Die Führungen im Alten Museum. Zu diesen unentgeltlichen Führungen, die von der Direktion des Museums und der Akademischen Arbeitsgemeinschaft für Altertumswissenschaft in Verbindung mit den Gewerkschaften ins Leben gerufen sind, hatten sich gestern wiederum zahlreiche Mitglieder der Typographischen Vereinigung Berlin eingefunden. In der ersten Führung gab Direktorassistent Dr. Scheide eine Uebersicht über die griechische und römische Kunstentwicklung, gestern sprach Archäolog Gutschow über römische Kunst und Dr. Scheide über die Ausgrabungen von Olympia. Weitere Führungen folgen.

Sommerliche Erstaufführungen finden morgen abend gleichzeitig in der Volksbühne, im Deutschen Theater, Kleinen Theater, Lustspielhaus, Nationaltheater statt.

# 10. deutscher Gewerkschafts-Kongress.

München, 30. Juni 1919.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wurde heute früh im Saalbau der Zeitschrift des Gewerkschaftskongress durch den Vorsitzenden der Generalkommission, Abgeordneten Karl Legien, eröffnet. Der Kongress ist durch 52 Verbände mit 664 Delegierten besetzt.

Sehr zahlreich sind auch die Gäste aus dem Auslande anwesend. Die Landeszentrale der schwedischen Gewerkschaften ist vertreten durch Hermann Lindqvist und Söderberg-Stocholm, der Dänische Gewerkschaftsbund durch Rablen, die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften durch Karot-Kristiania, der Niederländische Gewerkschaftsbund durch Kupler-Amsterdam, der Schweizerische Gewerkschaftsbund durch Düre und Düre-Bern. Ferner ist anwesend Gensch aus Zürich. Die österreichische Gewerkschaftskommission ist vertreten durch Heber-Wien, Duppert und Grünwald-Wien. Ferner sind vertreten das Bühnenkartell, der Deutsche Bauernbund, die Bayerische Bauerngemeinschaft, die Gesellschaft für Soziale Reform, die deutschen Konsumvereine, ebenso der Zentralausschuss der Arbeitergemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeiter und Arbeitnehmer.

Legien eröffnet die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß der Kongress in der schwierigsten Zeit stattfindet, die je die deutsche Arbeiterschaft zu durchleben habe. Er gedenkt der Opfer des Krieges und führt dann weiter aus, daß diese Opfer umsonst gebracht seien. Die Hoffnung auf einen Frieden der Verständigung, auf eine Verständigung der Völker ist nicht erreicht worden. Statt der Verständigung haben wir einen Frieden der Gewalt erhalten. Dieser birgt eine Quelle neuen Hasses. Wir haben die Hoffnung, daß internationale Verständigung diese unheilvolle Zeit des Imperialismus, Kapitalismus und Militarismus nicht zur Entfaltung bringen wird. Die Revolution hat bei uns die Entwicklung frei gemacht. Diese Entwicklung wird aber gehemmt durch den Frieden der Gewalt. Der Friedensvertrag erschwert ja macht es uns fast unmöglich, die Neugestaltung der Dinge durchzuführen. Wir können nicht mehr warten, bis die Arbeiterklasse. Sie wird aber auch die erste sein, die uns hinausführt aus diesen Verhältnissen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft einig ist. (Stürmischer Beifall.) Die Hoffnung, daß die Einigkeit hergestellt werden wird, wird keine zureichende sein. Erneuert lebhafter Beifall.) Die Regierung haben wir seit 1906 nicht mehr eingeladen, nachdem sie uns beim Heimarbeiterschulungskongress 1904 sagen ließ, daß sie keine Zeit habe. Heute ist eine solche Antwort nicht zu befürchten. Aber heute haben wir auch nicht nötig, Regierungsmitglieder einzuladen, denn Vertreter unserer Organisationen sitzen heute in wichtigen Regierungsstellen.

Sobald begrüßt Legien die ausländischen Gäste, die treu während des Krieges zur Internationalen gehalten haben. Die Gäste werden sehen, daß wir uns heute nicht mehr rüsten zum Kampfe für kleinliche Arbeiterforderungen, sondern daß es jetzt bei uns gilt, die sicherste Art zu finden, alle Arbeiterforderungen durchzuführen, zur Sicherung des Sozialismus. Daß es da Meinungsverschiedenheiten gibt, ist selbstverständlich.

Es folgt dann eine Begrüßung des Kongresses durch P. O. H. Nürnberg. Er gab ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, die eine außerordentlich günstige sei.

Namens der bayerischen Regierung begrüßt den Kongress Gasteiger.

Nach einer weiteren Begrüßung durch einen Vertreter der Stadt Nürnberg wurde zur Wahl des Bureaus geschritten, wobei sich die Opposition stark bemerkbar machte. Schumacher-Vorleser stellt den Antrag, in das Bureau ein Mitglied der Richtung zu wählen, die grundsätzlich mit der Generalkommission nicht einverstanden sei, und schlägt hierfür zunächst Richard Müller vor, zieht diesen Antrag aber dann zurück und nennt Simon Nürnberg. Von der anderen Seite wurden vorgeschlagen zu Vorsitzenden Benzen, Despart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, und P. O. H. Nürnberg, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes. Bei der Wahl werden diese drei gewählt und Simon abgelehnt, für den nur eine geringe Stimmenzahl abgegeben wird.

Darauf wird von der Opposition der Antrag gestellt, nunmehr grundsätzlich vor der Vornahme der Schriftführerwahl festzustellen, ob die Opposition im Bureau vertreten sein soll. Bisher war es auf den Gewerkschaftskongressen üblich, daß es nur Delegierte mit gleichen Rechten gäbe. Wenn jetzt von einer Opposition getraut wird, so muß sich so hier eine Sonderorganisation gebildet haben. (Rufe: Obol großer Lärm.) Die Einseitigkeit der Stimmen beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. Es scheint danach also hier schon eine Sonderorganisation geschaffen zu sein. (Erneute Zwischenrufe: Ungehört! Freudheil! Ihr habt wohl gefehlt!) Das muß der Kongress zurückweisen. Wir haben jetzt keine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, sondern nur ein Bureau zusammenzustellen, das aus Delegierten besteht, die uns für dieses Amt am geeignetsten erscheinen. (Erneuter Lärm. — Ruf: Nach Eurem Geschmack!)

Der Kongress beschließt darauf grundsätzlich, diese Frage zur Erörterung zu stellen. Und es beginnt darüber eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

## Groß-Berlin

### Der Straßenbahnankauf beschlossen!

Die Vollversammlung des Groß-Berliner Zweckverbandes trat heute zusammen zur Beschlußfassung über den Ankauf der Straßenbahnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende Oberbürgermeister Wermuth den neuen Oberpräsidenten Dr. Meier, der selber als Bürgermeister Charlottenburgs bisher zu den Zweckverbandsabgeordneten gehört hat. Der Oberpräsident wies in seiner Erwidrerung darauf hin, daß der Zweckverband, der nun bald durch ein besseres Groß-Berliner Gemeinwesen ersetzt werden soll, jetzt noch die wichtige Aufgabe der Kommunalisierung des Straßenbahnwesens zu lösen zu haben hat. Er empfahl die Verhandlungen wegen des Straßenbahnankaufs der Verhandlungen im Auftrage des Sonderausschusses der Stadtrot Lokmeyer-Eckbrecher. Er empfahl Annahme der zwischen dem Ausschuss und der Straßenbahndirektion vereinbarten Abmachungen, die im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurden. Der Zweckverband soll das Unternehmen der Großen Berliner Straßenbahn für 100 Millionen Mark kaufen, den angesammelten Tilgungsfonds mit weiteren 87 1/2 Millionen Mark bergüteten und diese 187 1/2 Millionen Mark in Verbandsobligationen zahlen.

In der Debatte beteiligte sich Stadtd. Leidig-Wilmersdorf unbeschadet seiner Zustimmung zu dem beantragten Straßenbahnankauf die Art der Verhandlung des Zweckverbandes mit der Straßenbahndirektion. Ein vornehmer Kaufmann würde Bedenken getragen haben, so zu verhandeln. Oberbürgermeister Wermuth rügte diesen Angriff gegen die Verbandversammlung. Stadtd. Leidig kam dann auf den dringenden neuen Streik der Straßenbahngestellten zu sprechen und erwähnte die Schwierigkeiten, die dem Straßenbahnwesen wie der gesamten Volkswirtschaft von dem sich wiederholenden Streiks drohen. Stadtd. Sonnenfeld-Berlin erörterte besonders die Frage der Taxifreie. Der Sonderausschuss empfahl Beibehaltung des bis 30. Juni geltenden erhöhten Tarifs zunächst bis 31. Juli. Sonnenfeld aber beantragte Beibehaltung „bis zu anderweitiger Beschlußfassung“. Er wünschte auch

eine kleine Vorlage des Verbandsausschusses über den Finanzplan des Unternehmens und über die Tarifgestaltung. Das Interesse der Bevölkerung wie das der Straßenbahngestellten sei miteinander in Einklang zu bringen, aber die Wahrung auch des Angestellteninteresses müsse im Rahmen des Gemeininteresses und der Finanzlage Groß-Berlins bleiben. In der weiteren Debatte erklärte auch Kommerzienrat Haberland-Schmargendorf sich für den Ankauf, er forderte aber Sicherung eines genügenden Ertrages für den Verband. Ein Zusatzantrag von ihm betonte, daß der Erwerb zu dem Zweck erfolge, neben angemessener Verzinsung noch Ueberschüsse zu bringen, die keinesfalls hinter den bisherigen Einnahmen des Verbandes aus dem Lizenznehmen zurückbleiben. Stadtd. Bruns-Berlin begrüßte als Sprecher der sozialdemokratischen Verbandsabgeordneten den endlichen Erwerb der Straßenbahnen mit Genugtuung. Bedenken könne man nur wegen der Höhe des Preises haben, und der Umstand, daß ein Mann wie Haberland zustimmt, können diese Bedenken noch verstärken. Bruns empfahl Ablehnung der Anträge Sonnenfelds und Haberlands und Annahme des Ausschusseschlusses. In demselben Sinne sprachen die Berliner Stadtverordneten Cassel, Radewig und Leid. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Haberland zog seinen Zusatzantrag zurück, die Anträge Sonnenfelds wurden abgelehnt, und die Verbandsversammlung beschloß dann nach den Anträgen des Ausschusses einstimmig, den Straßenbahnankauf mit einer von ihm eingefügten Modifikation des Tilgungsverfahrens.

### Verkehrsstreik.

Am Sonntagabend traten die Vertrauensleute der Großen Berliner Straßenbahn, der Hochbahn, der Omnibus-Gesellschaft, der Berliner Ostbahn, der Teltower Kreisbahn und der städtischen Bahnen zu einer Besprechung über die Lohnforderungen zusammen. Im wesentlichen wurde noch einmal der Beschluß der Nachversammlung im Gewerkschaftshaus aufgenommen, jedoch traten zahlreiche Redner dafür ein, daß man noch einen letzten Versuch machen solle, um den Ausstand zu vermeiden. Infolgedessen sollten noch einmal die Forderungen der Verkehrsangestellten in Form eines Ultimatum dem Arbeitgeberverband mit der Mitteilung überreicht werden, daß die Vertreter der Arbeitnehmer am heutigen Montag zu Besprechungen bereit seien, jedoch war bis heute mittag nichts erfolgt.

Die Urabstimmungen über den Streik sind bei der Großen Berliner Straßenbahn fast auf allen Bahnhöfen am Sonntag durchgeführt worden. Das Verstähtenpersonal trat heute vormittag zu Besprechungen zusammen, an welche sich geheime Abstimmungen schlossen. Soweit bisher schon Resultate vorliegen, läßt sich erkennen, daß trotz einer starken Bewegung, die friedliche Verhandlungen führen möchte, die Mehrzahl der Straßenbahner doch für den Streik stimmt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Berliner Ostbahn, wo das endgültige Resultat ebenfalls erst in den Nachmittagsstunden zu erwarten ist. Auch hier hat sich der größere Teil der Angestellten für den Abbruch der Verhandlungen entschieden. Bei den Hochbahnern und bei der Omnibus-Gesellschaft ist das Ergebnis der Abstimmung noch nicht zu übersehen.

### Der Streik bei der Großen Berliner Straßenbahn beschlossen.

Wie uns vom Arbeiterrat der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn mitgeteilt wird, hat die Auszahlung ergeben, daß rund 90 Proz. für die Stilllegung des Betriebes gestimmt haben. — Bekanntlich haben die Verkehrsangestellten sich auch an die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke gewandt, um diese zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Es besteht, wie wir hören, in diesen Werken kaum die Meinung, die für die Bevölkerung Groß-Berlins so notwendige Stromerzeugung zu unterbrechen. — Bei der Hochbahngesellschaft lautete die Abstimmung — soweit die Resultate schon vorliegen — mit Mehrheit für Eintritt in den Streik.

Goffentlich gelingt es noch in letzter Minute, diesen in das Erwerbsleben so tief eingreifenden Streik durch beiderseitiges Entgegenkommen aufzuhalten.

### Die Verkehrslage auf den Eisenbahnstrecken

des Direktionsbezirks Berlin zeigte heute morgen ebenfalls kaum eine Besserung gegen die Vorgänge, so daß von einer Beendigung des Verkehrsstreiks auf der Eisenbahn noch nicht die Rede sein konnte. Der Vorortverkehr war auf allen Strecken sehr unregelmäßig und länderhaft, worunter natürlich der Berufsverkehr sehr litt. Die Ringbahnzüge verkehrten bereits etwas regelmäßiger. Auch der Fernverkehr zeigte nicht die gewohnte Regelmäßigkeit. Heute mittag findet im Empfangsgebäude des Potsdamer Bahnhofes wieder eine Vertrauensmännerversammlung der Eisenbahnarbeiter statt, in der über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten berichtet werden soll. Auf den einzelnen Bahnhöfen und sonstigen Dienststellen sollen dann im Laufe des Nachmittags Betriebsversammlungen stattfinden, in denen über die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt wird. — Eine Regelmäßigkeit im Berliner Verkehr kann erst im Laufe der Nachstunden erwartet werden. Der Stadt-, Ring- und Vorortbahnverkehr wird dagegen erst morgen vormittag wieder den gewohnten Verkehr aufweisen können, wenn die Arbeiter wenigstens zum größten Teile die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen. Sollte es morgen bereits zu dem angekündigten Verkehrsstreik kommen, so ist mit der Einstellung auch des Eisenbahnverkehrs auf den Stadt- und Vorortstrecken zu rechnen.

### Das Vermögensverzeichnis.

Im Publikum und in der Presse wird vielfach die Ansicht vertreten, daß Steuerpflichtige, die bei Aufstellung des durch die Verordnung vom 18. Januar vorgeschriebenen Vermögensverzeichnisses bisher der Besteuerung entzogenes Vermögen anwerben, allgemein von Strafe und Rücksteuern freibleiben. Diese Ansicht trifft nicht zu. Denn eine solche Verzichtung würde zunächst erst dann rechtskräftig werden, wenn das Vermögensverzeichnis von den Steuerbehörden angefordert und an sie abgegeben sein wird. Die Verweisung von Strafe träte auch nur ein wegen der Steuern vom Vermögen, nicht auch wegen der Steuern vom Einkommen. Eine Verweisung von der Einkommensteuer und von länderlichen Rücksteuern würde nur erfolgen bei Erwerbung eines sogenannten Generalpardon, wie ihn das Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1918 enthält. Ob in den bevorstehenden neuen Reichsteuergesetzen eine solche Verweisung Aufnahme finden wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Es ist aber auch nicht sicher, ob nicht in den kommenden Steuergesetzen erheblich höhere oder andere Strafen auf Steuerhinterziehung festgesetzt werden, als bisher bestanden. Deshalb nehme man gegebenenfalls besser die jetzige gelindere Buße auf sich.

Kirschenpreise. In einer Versammlung der Obst- und Gemüsehändler Groß-Berlins ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Stadtgemeinde Kirschen Kirschenplantagen erworben und sich danach die Kirschen am Baum auf 8 M. je Pfund stellen. Die Behauptung, bezüglich des Preises, entbehrt jeder tatsächlichen Unterlage. Der Magistrat Kirschen hat mit Rücksicht darauf, daß der Handel mit Kirschen vollständig freigegeben worden ist, beschloffen, Kirschenplantagen zu pflanzen, da er annahm, daß das Kirschenholz infolge der Einführung des freien Handels für die Bevölkerung Kirschen zu erschwinglichen Preisen kaum zu haben sein würde. Durch die Preissteigerung der an der Versteigerung interessierten Groß-

händler sind die Pflanzungen allerdings bereits hochgefahren worden, daß der Preis für 1 Pf. Kirschen am Baum sich durchschnittlich auf 1,10 M. stellt.

Lebensmittel-Überretungen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen schreibt uns: Nach der Verordnung vom 18. März müssen offene Verkaufsstellen, einschließlich der Lebensmittelbetriebe, nach 7 Uhr abends geschlossen sein. Nach Feststellungen der Kontrollkommission halten eine große Anzahl Geschäftsinhaber ihre Läden darüber hinaus für den Verkauf offen, insbesondere am Sonnabend. Nach der Verordnung sind Ausnahmen auch für Ladenbesitzer ohne Angestellte nicht zulässig. Die Polizeibehörden werden darauf hingewiesen, hier Maßnahmen zur Änderung zu ergreifen. Die Kontrollkommission des Verbandes wird alle Überretungsfälle, in denen die Überretung dieser Bestimmungen festgestellt ist, zur Anzeige bringen.

Vermehrung der Handwerkerlehrlinge. Die Zahl der bei der Handwerkerkammer geführten Lehrlinge, die vom Friedensstande mit über 45 000 Lehrlingen bis zum November 1917 auf 7900 gefallen, dann aber bis zum September 1918 wieder auf 9200 gestiegen war, stellt sich nach der neuesten Feststellung auf 31 047.

Die Radrennbahn Olympiapark warierte auch gestern wieder mit einem großen Programm auf. In nicht weniger als vier Dauerrennen und drei stark besetzten Negerrennen zangen die Helden der Pedale um die Siegespreise. Der Besuch der Rennen bogegen war der ungünstigen Witterung wegen ein nur mittelmäßiger. Die Gesamtsumme des Programms bestand aus dem Großen Olympiapreis, einem Dauerrennen über 75 Kilometer mit der Besetzung: Bauer, Aufschlow, Lewanow, Thomas und Wittig. Thomas erwies sich als der beste Mann im Felde; jedoch wurde ihm der Sieg durch Klotz und Radwechsel seiner schärfsten Gegner, Bauer und Lewanow, um vieles ersichert. Der „Hansa-Preis“ über 25 Kilometer mit der gleichen Besetzung mußte nach Zurücklegung von 14 Kilometer 600 Meter des einsetzenden Regens halber abgebrochen werden. Hier behauptete Lewanow überlegen vor Bauer und Thomas die Spitze. Die Fahrer der B-Klasse: Gniffa, Kausjolat, Przhodda, Jensek und Schröder bestreiten den Preis von der Jungfernhöhe über 10 Kilometer und den Kleinen Olympiapreis über 25 Kilometer. Aus beiden Rennen ging Schröder als überlegener Sieger hervor. In den Negerrennen hatte Schwage trotz der starken Besetzung nichts zu schlagen.

Ergebnisse: Walfahren, 1200 Meter: 1. Schrage 2 Min. 30 Sek., 2. Klotz, 3. Teplow, 4. Seel. — Preis von der Jungfernhöhe, 10 Kilometer: 1. Schröder 10 Min. 16 Sek., 2. Kausjolat 270, 3. Przhodda 2000, 4. Jensek 2410, 5. Gniffa 2900 Meter zurück. — „Hansa-Preis“, 25 Kilometer: 1. Lewanow, 2. Bauer, 3. Thomas, 4. Aufschlow, 5. Wittig; zurückgelegte Strecke: 14 Kilometer 600 Meter. — Vorkampfabfahren, 1200 Meter: 1. Schröder 1 Min. 40 Sek., 2. Rüdlich 20, 3. Klotz (30), 4. Raaf (90 Meter Vorkampfabfahren). — Kleiner Olympiapreis, 25 Kilometer: 1. Schröder 24 Min. 42 Sek., 2. Gniffa 1420, 3. Kausjolat 2210, 4. Jensek 4720 Meter zurück; Przhodda aufgegeben. — Neger-Auscheidungsfahren: 1. Petri 6 Min. 40 Sek., 2. Wünniger, 3. Schulz, 4. Siepel. — Großer Olympiapreis, 75 Kilometer: 1. Thomas, 1 Std. 8 Min. 24 Sek., 2. Bauer (Radwechsel) 8020, 3. Lewanow (Motorwechsel) 4150, 4. Wittig 6230, 5. Aufschlow 9740 Meter zurück.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Russlan. Ende der Woche voraussichtlich Graupen und Parmelade. Für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr bis heute 8 bzw. 2 Pfund Rärmitel in den städtischen Verkaufsstellen (Mischkarton A I und A II), 5 Pfund Sonderkartoffeln, 1/4 Pfund Kirschen (102) 60 Pf. Kreptaw, 200 Gramm Graupen (37), 100 Gramm Nudeln (38), 250 Gramm Parmelade (38), 750 Gramm Haisflocken (A I, Kinder im 1. Lebensjahr), 1000 Gramm Haisflocken (A II, Kinder im 2. Lebensjahr), 1 Dose amerikanische Kondensmilch für Kinder, die vom 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1918 geboren sind; 50 Gramm Stalsett (U 7). Markenfreie Backwaren, Türweihölz, frische Pilsche, je nach Anlieferung, 1/4 Pfund Nudelnwaren (18).

Diätetische, 50 Gramm Brot (U 7), 200 Gramm Graupen (38), 200 Gramm Nudeln (38), 4 Pfund Haisflocken (8 für Kinder bis zu 2 Jahren), 2 Pfund Haisflocken (Nun-Milchkartonmittelstücke), 2 Pfund Haisflocken (Ritz-Juni-Kogermilchkarton), 10 Pilschen Zwiebad (Kette) für 70-Jährige (15), 1 Ei (20).

Johannisthal, 25 Preußen 250 Gramm Kuchenhorn (457), 200 Gramm u. Weizemehl (38), 200 Gramm Haisflocken (38), ein Suppenwürfel (43), Jugendliche 125 Gramm Weizenmehl (38).

Bahnhof, 250 Gramm Parmelade (35), 100 Gramm Suppenwürfel (38), 250 Gramm Amerikanische (Q 6). Anmeldung bis Mittwoch, Freitag bei Schüller, Bahnhofstraße, für Kinder im 13. und 14. Lebensjahr sowie an werdende Mütter vom fünften Monat an infanterische Sped. Feuerschirme bis Mittwoch.

III-Ostende. Auf Abschnitt 87 der Kreislebensmittelliste 200 Gramm Suppenwürfel (40 Pf.), auf Abschnitt 42 500 Gramm Nudelmehl (94prozentiges Weizenmehl, 32 Pf.), auf Abschnitt 37 für Jugendliche 150 Gramm Weizengrieß (15 Pf.), auf Abschnitt W 8 Einheitszusatzkarte 250 Gramm Auslandsmehl (1,10 M.) oder 94prozentiges Weizenmehl, auf Abschnitt U 7 der Einheitszusatzkarte 50 Gramm Fett (60 Pf.), auf Abschnitt 27 der Kartoffelliste 5 Pfund Kartoffeln (75 Pf.).

Die Anmeldung der Abschnitte 39, 40 und 41 der Kreislebensmittelliste und 35 der Karte für Jugendliche hat bis Dienstag, den 1. Juli einschl., zu erfolgen. Die Anmeldung der Kinderkarten zur Kundenliste hat bis Sonnabend, den 5. Juli einschl., zu erfolgen.

### Groß-Berliner Parteinahrichten.

Neufahrn. Morgen 8 Uhr Frauenversammlung in der Aula der Realschule. Vordränge, Berichterstaltung von der Frauenkonferenz. Refer.: Genossin Scholz.

Eckbrecher. Morgen 7 1/2 Uhr Chammissschule, Barbarossaplatz. Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Bericht vom Parteitag und von der Frauenkonferenz. Referenten: Dr. Gerstein, Frau Stübgen.

Johannisthal. Mittwoch 8 1/2 Uhr im Kollatol, Potsdamer Straße 1: Monatsversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag, Sozialistentaug und Jugendgeneralversammlung, Jugendorganisation, Berichtedes.

### Jugendveranstaltungen.

Eckbrecher. Arbeiterjugend. Dienstag, 1. Juli, 7 Uhr: Vortrag: Ant. Reuter, Jugendheim, Rudowstraße.

Freitag, 4. Juli, 7 Uhr: Volksschule, Schule im Preken, Jugendheim, Rudowstraße. Um 8 Uhr: Sitzung des Jugendausschusses.

Sonntag, 6. Juli: Wanderung nach Zittelbad Ragnsdorf. Näheres im Heim.

### Gewerkschaftsbewegung

Die Württer Grob-Versand nahmen in einer bei Württer, Weberstraße, tagenden Versammlung Stellung zu dem Streik der Kollegen in den chemischen Fabriken. Die den Verhältnissen entsprechend beschiedene Forderung ist von den chemischen Betrieben Schering-Württerstraße, Württel in Weib und Rindshoff u. Neuer in Grünau noch immer nicht bewilligt. Die Württer sind entschlossen, aufzuhalten und ersuchen die Arbeitskollegen, in den genannten Betrieben keine etwaige Streikarbeit zu leisten. Ferner beschloß die Versammlung, in Auftragsart der täglich freiziehenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel für sämtliche Württer-Grob-Berliner, einschließlich der Arbeiter in Württer, ab 1. Juli 1919 eine wöchentliche Teuerungszulage von 80 M. zu fordern; die Kollegen in den einzelnen Betrieben sollen sofort vorklären werden. Gleichzeitig wurde eine Resolution angenommen, welche die Herabsetzung der Lebensmittelpreise und umgehend schärfste Maßnahmen gegen den Schleichhandel und den daraus folgenden Wucher fordert.

# Generalversammlung der Stoffeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Hamburg, 27. Juni.

Die Stoffeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hielt hier im Anschluß an den Genossenschaftsabend ihre 25. Generalversammlung ab, in welcher Direktor Adolf Seifert den Geschäftsbericht erläuterte. Der Barvermögen der G.E.G. betrug 1918 insgesamt 104.500.972,00 M. gegen 107.737.281,76 M. im Vorjahre. Das bedeutet ein Weniger von 3.236.308,76 M. oder 3,1 Proz. Dabei ist natürlich noch die Steigerung der Preise zu berücksichtigen. Bei gleichen Warenpreisen würde der Rückgang noch wesentlich größer gewesen sein. Diese Umkehrerklärung erklärt sich aus dem schon oft beklagten Umstande, daß die Verbraucher es keineswegs verstanden haben, die Einrichtungen der G.E.G. für die deutsche Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Die zahlreichen Lager der G.E.G. und ihre Vertriebsrichtungen (Kaffeebörse, Lebensmittel, Bekleidungsbranche usw.) konnten nicht nutzbar gemacht werden. Sie wurden zum Teil für die Einlagerung fremder Waren in Anspruch genommen. In der Abteilung Manufakturwaren und Schuhwaren war der Umsatzzugang besonders erheblich. Er erklärt sich daraus, daß die G.E.G. wie auch der übrige Großhandel infolge der Zwangsversteigerung vom Handel mit Schuhwaren ausgeschlossen war. In der Abteilung Manufakturwaren sind die Umsätze für das laufende Jahr gut. Der Warenbezug der G.E.G. von gewerkschaftlichen Organisationen stellte sich etwas höher als im Vorjahre, nämlich auf 5.918.078 M. gegen 5.804.820 M. In den Produktionsbetrieben hielt der Umsatzzugang an. Die Zigarettenfabriken und die Kautschukfabrik mußten infolge Verabfolgung des Kontingents zur Entlassung von Arbeitskräften schreiten. In der Bankabteilung sind die Einlagen auf eine Höhe gestiegen, die früher kaum für möglich gehalten wurde. Der Stand der Bank-einlagen betrug am 31. Dezember 1918 127.830.000 M. (gegen 70.904.000 M. i. V.). Der Giroverkehr brachte eine Steigerung von über 100 Millionen Mark. Ende 1918 waren in den gesamten Betrieben 1106 Personen, darunter 610 weibliche, beschäftigt. Der Reingewinn in 1918 beträgt 1.806.263,54 M. Nach ausreichenden Abschreibungen wird die gewöhnliche Rückvergütung von 4 Proz. auf den Umsatz der angeschlossenen 2 Proz. auf den Umsatz der nicht angeschlossenen Vereine vorgeschlagen.

Die Verteilung des Reingewinns wird vorschlagsgemäß beschlossen. Einer Änderung des Geschäftsvertrages und der Geschäftsführung wird zugestimmt. Ebenso wird die Erhöhung des Stammkapitals bis zu 15 Millionen Mark beschlossen.

In den Aufsichtsrat wurden wieder, beim neugewählten: Diebmann, Frankfurt a. M., Diehl, Hamburg, Vanke, Minn. Rendsel, Hamburg, Neurer, Götting, Funk, Neufelsholm, Gensche, Dresden, Bodden, Göttingen.

Nach geschäftlichen Mitteilungen wurde die Generalversammlung geschlossen.

## 10. Verbandstag der Transportarbeiter.

(Zweiter Verhandlungstag)

Stuttgart, 27. Juni.

Zu dem System der Betriebsräte einigte sich der Verbandstag auf eine längere Entscheidung, in der zunächst festgestellt wird, daß die Gewerkschaften nach wie auch vor der Revolution die beruflichen Organe zur Vertretung der Interessen der Arbeiter auf wirtschafts- und sozialpolitischem sowie rechtlichem Gebiete sind; sie fordern zur Durchführung der Betriebsdemokratie

und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft Betriebsräte und formuliert deren Aufgaben dahin:

1. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber den Unternehmern oder Betriebsleitungen wahrzunehmen.

2. Soweit tarifliche Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für den Betrieb nicht bestehen, bei der Schaffung solcher in Verbindung mit den Gewerkschaften mitzuwirken.

3. Die Einhaltung der vertraglichen oder sonst für den Betrieb maßgebenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwachen.

4. Bei Annahme und Entlassung von Arbeitskräften mitzuwirken.

5. Einen mitbestimmenden Einfluß auf die Ausgestaltung aller Betriebsrichtungen auszuüben.

6. Unter Wahrung eventl. Geschäftsgeheimnisse Einsicht in die Bücher und geschäftlichen Dispositionen der Betriebsleitungen zu nehmen.

Die Wahlen zu den Betriebsräten sind den zuständigen Gewerkschaften zu übertragen.

Zu Punkt 5 ist eine Änderung werden im großen ganzen die Anträge der Kommission angenommen. Das Eintrittsgeld wird auf 2 M. und 1,50 M. festgesetzt und die Beiträge für die vier Klassen auf 50, 70, 90 Pf. und 1,10 M. erhöht. Demzufolge fand die Streit- und Mahregelungsbefugnis sowie das Stimmrecht eine Steigerung.

Zu dem Gewerkschaftslogothek nach Nürnberg wurden 30 Delegierte gewählt, wobei die einzelnen Branchen gebührend berücksichtigt wurden, die Berliner Delegation aber leer ausging.

Bei der Wahl der besoldeten Vorstandsmitglieder wurden die feierlichen Mitglieder wiedergewählt. Um dem ganzen Lande einen größeren Einfluß auf die Tätigkeit des Hauptvorstandes einzuräumen, wurden aus den einzelnen Branchen noch sechs unbesoldete Vorstandsmitglieder hinzugefügt. Zum Schluß wurde in namentlicher Abstimmung ein Antrag, dem Vorstande das Recht der Anstellung von Ortsbeamten zu nehmen und den Ortsvorständen zu übertragen, abgelehnt. Damit fanden die Arbeiten des Verbandstages ihr Ende.

## Verbandstag der Töpfer.

Nürnberg, 27. Juni.

Die Debatte über den tags zuvor gehaltenen Vortrag des Verbandsvorsitzenden Drunzel zog sich heute bis weit in den Nachmittag hinein. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde dann ein Antrag, wonach sich der Verbandstag im Prinzip für die Einführung der Lohnarbeit erklärt, einstimmig angenommen. Endgültig soll über diese Frage eine Urabstimmung nach Branchen mit Zweidrittelmehrheit stattfinden. Zur Lehrlingsfrage wurden Beschlüsse gefaßt, die die außerberufliche Beschäftigung von Lehrlingen und allgemeine Lehrlingsvorschriften fordern. Die Forderung eines jährlichen Erhaltungsausfalls soll hierfür gleichfalls in das Programm der Organisation aufgenommen werden.

Hierauf wurde in die Statutenberatung eingetreten. Eine lange Debatte entstand bei der Festsetzung der Beiträge. Schließlich wurde fast einstimmig beschlossen, die Beiträge für Tagelöhner und Körperliche Gebrochene auf 50 Pf., die der Hilfsarbeiter oder Arbeiterinnen in Fabriksbetrieben mit niedrigen Verdiensten auf 30 Pf., im übrigen bei Wochenverdiensten bis 50 M. auf 1 M., von 50-70 M. auf 1,20 M., über 70 M. auf 1,50 M. Wochenbeitrag festzusetzen. Vorher hatte Bauarbeiterführer Dr. Heineke Berlin über den Stand der Lehrlingsfrage berichtet. Er erbat, ihn im Kampfe um die gezielte Dichtung der Winter-

bauten hauptsächlich zu unterstützen. Das mindete, was hier zu verlangen wäre, sei die Dichtung der Winterbauten in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. April. Der Verbandstag trat einstimmig der Auffassung bei, daß durch Annahme einer feinen Ausschreibung entsprechenden Resolution.

Morgen findet die Schlußsitzung der Generalversammlung statt.

Nürnberg, 28. Juni.

In der heutigen Schlußsitzung wurden zunächst die Unterabteilungen neu geregelt. Erwerbslosen, Umzugs- und Winterunterstützung wurden herausgehoben. Die Streitunterstützung erhielt die größte Aufbesserung, sie beträgt in der niedrigsten Klasse 2,00 bis 3,00 M. täglich und steigt bis zur höchsten Klasse auf 6,00 bis 7,50 M. täglich. Die Gewerkschaften werden beibehalten, eine Neuerteilung der Gewerkschaften und die Schaffung von Bezirken wird dem Vorstande und dem neu einzusetzenden Verbandsvorstand überlassen. Der Verbandsvorstand wird eine einmalige Lohnvergleichsuntersuchung durchführen und die Gewerkschaften entsprechend geregelt. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, ein Verzeichnis der Gewerkschaften zu erstellen, in dem die Gewerkschaften, die den Verband beitreten wollen, eingetragen sind. Die Gewerkschaften, die den Verband beitreten wollen, werden durch den Vorstand in Kenntnis gesetzt. Die Gewerkschaften, die den Verband beitreten wollen, werden durch den Vorstand in Kenntnis gesetzt.

Es folgen die Wahlen in die Zentralkommission. An gemeinsamer Abstimmung werden per Kommission als 1. Vorsitzender Drunzel, als 2. Vorsitzender Parisch, als Hauptreferent Lotz und als Redakteur Schmitz mit allen gegen 4 Stimmen wiedergewählt. Als Revisoren der Hauptklasse werden Lotz, Kowald und Krahl, Berlin gewählt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Drunzel, worin er zur Einigkeit mahlt, fand dann der Verbandstag nach einem kräftig ausgetragenen Hoch auf den Töpferverband seinen Abschluß.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 1. Juli, abends 6 Uhr, in den Coblenzwerken, 17. Versammlung der Arbeiter, Uhrmacher, Optiker und alle in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Tagesordnung: 1. Kündigung des Kollektivabkommens. 2. Welche Lohnforderungen stellen wir den Unternehmern unter dem 2. Verbandstage angehängt.

## Unsere neue Beilage.

Der heutigen Postansage dieser Nummer liegt zum ersten Male die neue illustrierte Beilage des „Vorwärts“ „Volk und Zeit“ bei.

An alle Einsender! Beiderseitig beschriebene oder unterschriebene Einwendungen können nicht verwertet, unbenutzt eingehende Manuskripte nicht aufbewahrt werden. Mehrmalige Wiederholung von Berichtigungs- und Stellungsaussagen raubt anderen den Platz.

Verantwortlich für Politik: Kurt Hiller, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neustadt; für den übrigen Teil des Blattes: Hermann Scholz, Neustadt; für den übrigen Teil des Blattes: Hermann Scholz, Neustadt; für den übrigen Teil des Blattes: Hermann Scholz, Neustadt.

### Landgerichtsrat

a. O. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach  
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115.  
(Lützowstr.) Langjähr. Erfahrung. Zuverlässig. Rechtsverständnis in Ehe-, Alimenten-, u. Vererbungssachen. Gesellsch. Verträge, Erbschaften, etc. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

---

### Heil-Anstalt „Löser“

Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz.  
Modernes Ambulatorium, Licht- und Flammen-Behandlung. Inhalatorium — Gargolkabinen.  
Elektrische und Medizinische Bäder.  
Harn- und Blutuntersuchungen.

### Kuhla-Pianos

Verkauf im Fabrikmagazin  
N 31, Wassertstr. 17/18.

### Hekodont

Weg zur weissen gesunde Zähne.  
C.W. Hengstler, Charlottenburg.

### 25 Jahre lang

Ulterior-Haarfärbung  
Ulterior-Haarfärbung

### Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstr.)  
Spezial-Arzt  
bewährte fachmännische Behandlung.  
Unentgeltliche Auskunft und vollständige Gratis-Groschen (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren in den Sprechstunden von 1/2-2 Mittags, 1/2-1 bis 10 Uhr abends, Sonntags 1/2-1 Uhr im verschlossenen Brief 1,25 Mk.)

### Verkäufe

Abfahrgewinne, Sonnen, Strohkörbe, Gartenstühle, etc.  
Kleider, Schuhe, etc.  
Kleider, Schuhe, etc.

### Musikinstrumente

Violen, Violinen, etc.  
Klavierinstrumente, etc.

### Fahrräder

Fahrräder, etc.  
Kaufgesuche

### Kaufgesuche

Suche nach...  
Suche nach...

### Verkauf

Verkauf...  
Verkauf...

### Verkauf

Verkauf...  
Verkauf...

### Verkauf

Verkauf...  
Verkauf...

### Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...  
Arbeitsmarkt...